

Deutschland – Technische Planungsleistungen – Brandschutzmaßnahmen im Rathaus und Verwaltungsgebäude II in Konz (Los 2)**OJ S 231/2024 27/11/2024****Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen**

1. Beschaffer**1.1. Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindeverwaltung Konz

E-Mail: Vergabestelle@konz.de

Rechtsform des Erwerbers:

Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren**2.1. Verfahren**

Titel: Brandschutzmaßnahmen im Rathaus und Verwaltungsgebäude II in Konz (Los 2)

Beschreibung: Das Verwaltungsgebäude II und das Rathaus der Verbandsgemeinde müssten brandschutztechnisch ertüchtigt werden. Hierfür sind verschiedene bauliche Maßnahmen nötig. Im Wesentlichen sind gemäß dem Brandschutzkonzept folgende Maßnahmen umzusetzen. Die Brandschutztechnische Unterteilung in Nutzungseinheiten und Sicherstellung der geforderten Rettungswegen, die Anpassung und Ergänzung der sicherheitstechnischen Einrichtungen an die aktuell geltenden Vorschriften sowie die Anpassung des Brandschutzes an die aktuelle Nutzung. Neben den im Brandschutzkonzept vom März 2021 und dem Erläuterungsbericht zur HU Bau vom 12.05.2024 beschriebenen Maßnahmen haben sich seit Beginn der Planung Änderungen ergeben, es wurde eine provisorische Lüftung an der Außenwand des Rathauses angebracht um die Brandgefahr zu minimieren. Außerdem wurde eine Abgasüberwachung im Ratskeller eingebaut. Aufgrund einer geplanten Generalsanierung sollen die Maßnahmen im Restaurant Ratskeller die in der HU Bau beschrieben werden nicht mehr umgesetzt werden. Lediglich der Lüftungskanal durch das Gebäude für eine zukünftige Küche und der Rückbau der provisorischen Lüftung soll wie geplant umgesetzt werden. Zwischenzeitlich wurde außerdem eine Überprüfung der Blitzschutzanlage veranlasst die ergeben hat das auf beiden Gebäuden der Blitzschutz erneuert bzw. hergestellt werden muss. Das Rathaus verfügt über 5 Geschosse (1UG, EG, 1.OG, 2. OG, DG) und hat eine maximale Gebäudeausdehnung von L = 45,10 x B = 14,40 m. Der oberste Fußboden des letzten Aufenthaltsgeschosses (2.OG) liegt ca. 8,50m über Geländeoberkante. Das Rathaus steht unter Denkmalpflege und ist durch einen Glasgang im 1. Obergeschoss mit dem Verwaltungsgebäude II verbunden. Das Verwaltungsgebäude II verfügt über 4 Geschosse (1. UG, EG, 1.OG, DG). Die maximale Gebäudeausdehnung beträgt ca. L= 53,22 m x B = 15,98 m, der oberste Fußboden des letzten möglichen Aufenthaltsgeschosses (DG Wohnung) liegt ca. 7,70 m über Geländekante. Der AG beabsichtigt vorliegend, die Leistungsphasen 4 bis 9 der technischen Gebäude Ausrüstung für die Anlagengruppe 1 bis 5 gemäß §§ 53, 55 HOAI zu vergeben. Außerdem ist beabsichtigt, folgende besondere Leistung zu beauftragen: - Anpassung der bestehenden HU Bau inklusive Aktualisierung der Kostenberechnung an die

geänderte Situation. Vorgesehene Termine: - Beginn der Leistung = Unmittelbar nach Auftragsvergabe - Baubeginn: entsprechend zu erstellendem Bauzeitenplan - Fertigstellung: entsprechend zu erstellendem Bauzeitenplan
Kennung des Verfahrens: 6cdab18b-ba5b-43c5-a135-308afc1ad82a
Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71356400 Technische Planungsleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Trier-Saarburg (DEB25)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Die Vergabeunterlagen erhalten Sie ausschließlich als Download unter dem in Ziffer 5.1.11 genannten Link. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post. 2) Für die Angebotsabgabe sind die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Angebotsschreiben, Angebotsbogen und das Formblatt für Honorarangebot zu verwenden. 3) Rückfragen von Bietern werden nur über die Plattform subreport ELVIS (Link in Ziffer 5.1.11) entgegengenommen und von der Vergabestelle über die vorgenannte Plattform beantwortet. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt. 4) Es wird darum gebeten, Rückfragen bis spätestens 11.12.2024 bei der Vergabestelle einzureichen. 5) Bieterinformationen zum Vergabeverfahren (z. B. die Beantwortung von Rückfragen) werden fortlaufend unter dem in Ziffer 5.1.11 genannten Link geführt. Bieter haben sich unaufgefordert darüber informiert zu halten. 6) Die Kosten für Angebot und die Bearbeitung werden nicht erstattet. 7) Die Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 53 VgV zu übermitteln. Angebote von Bietern, die nicht in elektronischer Form eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV). Eine unverschlüsselte Angebotsabgabe führt zum zwingenden Ausschluss des Angebots. 8) Zur Vermeidung von Missverständnissen wird klargestellt, dass die in Ziffer 5.1.12 dieser Bekanntmachung aufgeführte Frist für die Einreichung der Angebote um 10:00 Uhr endet. Der unmittelbar hinter der Angebotsfrist automatisch aufgeführte Zusatz „(UTC +2)“ betrifft die Angabe bezüglich der mitteleuropäischen Zeit und verlängert nicht die Uhrzeit des vorgenannten Fristablaufes für die Angebote. Angebote, die nach Fristablauf (= 18.12.2024, 10:00 Uhr) eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt, § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB. Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Brandschutzmaßnahmen im Rathaus und Verwaltungsgebäude II in Konz (Los 2)

Beschreibung: Das Verwaltungsgebäude II und das Rathaus der Verbandsgemeinde müssten brandschutztechnisch ertüchtigt werden. Hierfür sind verschiedene bauliche Maßnahmen nötig. Im Wesentlichen sind gemäß dem Brandschutzkonzept folgende Maßnahmen

umzusetzen. Die Brandschutztechnische Unterteilung in Nutzungseinheiten und Sicherstellung der geforderten Rettungswegen, die Anpassung und Ergänzung der sicherheitstechnischen Einrichtungen an die aktuell geltenden Vorschriften sowie die Anpassung des Brandschutzes an die aktuelle Nutzung. Neben den im Brandschutzkonzept vom März 2021 und dem Erläuterungsbericht zur HU Bau vom 12.05.2024 beschriebenen Maßnahmen haben sich seit Beginn der Planung Änderungen ergeben, es wurde eine provisorische Lüftung an der Außenwand des Rathauses angebracht um die Brandgefahr zu minimieren. Außerdem wurde eine Abgasüberwachung im Ratskeller eingebaut. Aufgrund einer geplanten Generalsanierung sollen die Maßnahmen im Restaurant Ratskeller die in der HU Bau beschrieben werden nicht mehr umgesetzt werden. Lediglich der Lüftungskanal durch das Gebäude für eine zukünftige Küche und der Rückbau der provisorischen Lüftung soll wie geplant umgesetzt werden. Zwischenzeitlich wurde außerdem eine Überprüfung der Blitzschutzanlage veranlasst die ergeben hat das auf beiden Gebäuden der Blitzschutz erneuert bzw. hergestellt werden muss. Das Rathaus verfügt über 5 Geschosse (1UG, EG, 1.OG, 2. OG, DG) und hat eine maximale Gebäudeausdehnung von L = 45,10 x B = 14,40 m. Der oberste Fußboden des letzten Aufenthaltsgeschosses (2.OG) liegt ca. 8,50m über Geländeoberkante. Das Rathaus steht unter Denkmalpflege und ist durch einen Glasgang im 1. Obergeschoss mit dem Verwaltungsgebäude II verbunden. Das Verwaltungsgebäude II verfügt über 4 Geschosse (1. UG, EG, 1.OG, DG). Die maximale Gebäudeausdehnung beträgt ca. L= 53,22 m x B = 15,98 m, der oberste Fußboden des letzten möglichen Aufenthaltsgeschosses (DG Wohnung) liegt ca. 7,70 m über Geländekante. Der AG beabsichtigt vorliegend, die Leistungsphasen 4 bis 9 der technischen Gebäude Ausrüstung für die Anlagengruppe 1 bis 5 gemäß §§ 53, 55 HOAI zu vergeben. Außerdem ist beabsichtigt, folgende besondere Leistungen zu beauftragen: - Anpassung der bestehenden HU Bau inklusive Aktualisierung der Kostenberechnung an die geänderte Situation. Vorgesehene Termine: - Beginn der Leistung = Unmittelbar nach Auftragsvergabe - Baubeginn: entsprechend zu erstellendem Bauzeitenplan - Fertigstellung: entsprechend zu erstellendem Bauzeitenplan
Interne Kennung: E44681756

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71356400 Technische Planungsleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Trier-Saarburg (DEB25)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Es ist eine stufenweise Beauftragung der in Ziffer 2.1. bezeichneten Leistungen vorgesehen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der optionalen Leistungen besteht nicht. Nähere Erläuterungen befinden sich unter Ziffer 3.2. ff. des Vertrages.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: 1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung: 1.1. Nachweis der Vertretungsmacht des Unterzeichners: - Bei juristischen Personen (bspw. im Falle einer Kapitalgesellschaft) durch Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszugs oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes. - Bei Personengesellschaften (bspw. GbR, Partnergesellschaften, Kommanditgesellschaften) durch Vorlage einer entsprechend unterzeichneten Eigenerklärung oder einer Vollmacht. 1.2. Im Falle einer Arbeits-/Bietergemeinschaft: Die Gemeinschaft hat in einer Erklärung zum Angebot sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen und eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Erklärung muss angeben, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft im Falle der Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften. Diese muss von allen Mitgliedern der Gemeinschaft unterzeichnet sein. 1.3. Erklärung des Bieters, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, § 73 Abs. 3 VgV. 1.4. Eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB. 1.5. Eine Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen Verbot von Auftragserteilungen an russische Unternehmen. 1.6. Erklärungen des Bieters nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt (Landestariftreuegesetz – LTTG). 1.7. Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ gemäß § 75 Abs. 2 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36 /EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255, S. 22, ber. ABl. 2007 L 271, S. 18, ABl. 2008 L 93, S. 28, ABl. 2009 L 33, S. 49, ABl. 2014 L 305, S. 115), zuletzt geändert durch Art. 1 B (EU) 2021/2183 vom 25.08.2021 (ABl. L 444 S. 1). 1.8. Juristische Personen, Partnerschaftsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der zu übertragenden Leistungen verantwortliche Berufsangehörige benennen und deren Qualifikation gemäß Ziffer 1.7. nachweisen. 1.9. Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage der in Ziffer 1.1. bis 1.8. genannten Angaben, Erklärungen und Nachweise zu einem späteren Zeitpunkt auch für Nachunternehmen zu verlangen. Er behält sich weiterhin vor, die Verpflichtungserklärung der Nachunternehmen zu verlangen. 1.10. Im Falle einer Bietergemeinschaft hat jedes einzelne Mitglied die unter den Ziffern 1.1. bis 1.9. geforderten Nachweise vorzulegen. 1.11. Wird von § 47 Abs. 1 VgV Gebrauch gemacht, ist Folgendes zu beachten und vorzulegen: Sofern Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, muss der Bieter nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, müssen die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen. Zudem dürfen keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Hinsichtlich der Art und Weise der Nachweiserbringung, hat der Bieter die freie Wahl. Der Nachweis kann beispielsweise als Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erbracht werden. „§ 47 Abs. 1 VgV Eignungsleihe Ein Bewerber oder Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen

werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt.“ 1.12. Alle Erklärungen/Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: 2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Vorlage der Bestätigung oder des Bestehens einer

Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 1.500.000,00 € sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 1.000.000,00 € jeweils je Versicherungsfall. Die Beträge müssen je Versicherungsjahr zweifach zur Verfügung stehen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: 3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: 3.1. Referenzen: Mindestens 3 Referenzprojekte aus den letzten 10 Jahren (abgeschlossen nach dem 1. Januar 2014) im Bereich der Fachplanung technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15.1. zu § 55 Abs. 3 HOAI. Dabei muss der Bieter in der Gesamtheit der von ihm vorgelegten Referenzprojekte nachweisen, dass insgesamt folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: • 2 Projekte mit brandschutztechnischen Maßnahmen/Brandschutzplanung; • ein Projekt bezüglich Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes; • ein Projekt mit mind. 2.200 m² Bruttogrundfläche (BGF); • vollständig erbrachte Leistungsphasen 4 bis 9 für die Anlagengruppen 1 bis 5; • ein Gebäude für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB (siehe unten). Hierzu sind die folgenden projektbezogenen Angaben zu jedem Referenzprojekt zu machen: • Auftraggeber mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer; • Bezeichnung des Referenzprojekts; • Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts; • Angabe der Bruttogrundfläche (BGF) in m²; • Auflistung der erbrachten Leistungen nach Anlagengruppen, Leistungsphasen und Leistungszeiträumen. „§ 99 Öffentliche Auftraggeber Öffentliche Auftraggeber sind 1. Gebietskörperschaften sowie deren Sondervermögen, 2. andere juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, die zu dem besonderen Zweck gegründet wurden, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nichtgewerblicher Art zu erfüllen, sofern a) sie überwiegend von Stellen nach Nummer 1 oder 3 einzeln oder gemeinsam durch Beteiligung oder auf sonstige Weise finanziert werden, b) ihre Leitung der Aufsicht durch Stellen nach Nummer 1 oder 3 unterliegt oder c) mehr als die Hälfte der Mitglieder eines ihrer zur Geschäftsführung oder zur Aufsicht berufenen Organe durch Stellen nach Nummer 1 oder 3 bestimmt worden sind; dasselbe gilt, wenn diese juristische Person einer anderen juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts einzeln oder gemeinsam mit anderen die überwiegende Finanzierung gewährt, über deren Leitung die Aufsicht ausübt oder die Mehrheit der Mitglieder eines zur Geschäftsführung oder Aufsicht berufenen Organs bestimmt hat, 3. Verbände, deren Mitglieder unter Nummer 1 oder 2 fallen, 4. natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts, soweit sie nicht unter Nummer 2 fallen, in den Fällen, in denen sie für Tiefbaumaßnahmen, für die Errichtung von Krankenhäusern, Sport-, Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen, Schul-, Hochschul- oder Verwaltungsgebäuden oder für damit in Verbindung stehende Dienstleistungen und Wettbewerbe von Stellen, die unter die Nummern 1, 2 oder 3 fallen, Mittel erhalten, mit denen diese Vorhaben zu mehr als 50 Prozent subventioniert werden.“ 3.2.

Fachkräfte: Angabe der technischen Fachkräfte oder der Mitarbeiter mit technischer Berufsausbildung, die im Unternehmen beschäftigt sind. Im Unternehmen müssen mindestens 2 Ingenieure im Sinne von Ziffer 1.7. dieser Teilnahmebedingungen oder mindestens 1 Ingenieur im Sinne von Ziffer 1.7. dieser Teilnahmebedingungen und eine gleich qualifizierte Stellvertretung, die zu benennen ist, beschäftigt sein. Hierzu sind die folgenden Angaben zu machen: • Angabe der technischen Fachkräfte oder der Mitarbeiter mit technischer Berufsausbildung: Anzahl, Name, Qualifikation.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Qualität: Erreichbare Punktzahl: maximal 15. Gewichtungsfaktor: 45 %. Weitere Details können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Teamwertung: Erreichbare Punktzahl: maximal 15. Gewichtungsfaktor: 15 %. Weitere Details können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Honorarangebot: Erreichbare Punktzahl: maximal 15. Gewichtungsfaktor: 40 %. Weitere Details können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E44681756>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E44681756>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 20/12/2024 10:00:00 (UTC+1)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungsdatum: 20/12/2024 11:00:00 (UTC+1)

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein; (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag hat oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht; (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindeverwaltung Konz
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 072355003000-001-81
Postanschrift: Am Markt 11
Stadt: Konz
Postleitzahl: 54329
Land, Gliederung (NUTS): Trier-Saarburg (DEB25)
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabestelle@konz.de
Telefon: +49650183240
Internetadresse: <http://www.konz.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: t:06131162234

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de

Telefon: +496131162234

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 0319af24-92a1-46ff-9480-738f8086c957-01

Hauptgrund für die Änderung: Korrektur – Beschaffer

Beschreibung: Unter 2.1.4 Allgemeine Informationen - Verfahrensart - Zusätzliche Informationen, wird der 18.12.2024 als Fristablaufdatum genannt. Das korrekte Datum für den Fristablauf lautet jedoch 20.12.2024, 10:00 Uhr.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: In folgendem Absatz: 2.1.4 Allgemeine Informationen Verfahrensart Zusätzliche Informationen Anstatt: Angebote, die nach Fristablauf (= 18.12.2024, 10:00 Uhr) eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt, § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Muss es heißen: Angebote, die nach Fristablauf (= 20.12.2024, 10:00 Uhr) eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt, § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV.

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 64249fcd-2298-4f07-bea7-8ef0344b2da5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/11/2024 16:58:46 (UTC+1)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 722251-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 231/2024

Datum der Veröffentlichung: 27/11/2024